

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Telegraphischer Sonderdienst der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Die Londoner Konferenzen. Vertagung der Entscheidung.

London, 4. Januar. Wie das „Reuter'sche Bureau“ erzählt, ist Reschid Pascha im letzten Augenblick mit Nowakowitsch, der heute den Vorsitz führen sollte, übereingekommen, die nächste Sitzung der Konferenz bis auf Montag Nachmittags 4 Uhr zu verschieben, um den türkischen Delegierten Gelegenheit zu geben, neue Instruktionen einzuholen.

Konstantinopel, 4. Januar. Der Ministerrat hat beschlossen, auf den bisherigen Bedingungen der Bforte bezüglich der ägäischen Inseln und Adrianopels zu bestehen.

Konstantinopel, 4. Januar. Auf der Bforte werden die Gerüchte von dem bevorstehenden Sturz des Kabinetts Niamil demontiert. Es wird jedoch zugegeben, daß einige Minister anscheiden dürften.

London, 4. Januar. Wie das „Reuter'sche Bureau“ erzählt, wird Griechenland, falls die Großmächte wegen der Befestigung der ägäischen Inseln in unmittelbarer Nähe der Dardanellen oder an der asiatischen Küste von Seiten Griechenlands gewisse Vorbehalte machen sollten, keine Bedenken tragen, sich zu verpflichten, daß die Inseln nicht als Basis militärischer Operationen gegen die Türkei gebraucht werden sollen.

London, 4. Januar. Die Vortagsterreunion tagte heute Vormittag unter Teilnahme Sir Edward Grey's im Auswärtigen Amt. Die Sitzung währte anderthalb Stunden. Nach Schluß blieb der italienische Vorkonferenz nach allein im Auswärtigen Amt zurück. Ein türkischer Delegierter zur Friedenskonferenz stattete kurz darauf im Auswärtigen Amt einen Besuch ab.

Eine Möncherepublik auf dem Athos.

London, 4. Januar. Auf russischen Wunsch soll das Bergige Athos ein neutrales und selbständiges Gebiet unter dem gemeinsamen Schutz aller orthodoxen Staaten, nämlich Rußlands, Rumaniens, Serbiens, Griechenlands, Bulgariens und Montenegros werden. Dieses Gebiet soll der Aufsicht des Patriarchen von Konstantinopel unterstehen und die Balkanstaaten die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendige Gendarmarie stellen. Nach Friedensschluß werden die Vertreter der orthodoxen Staaten in Saloniki unter dem Vorsitz des russischen Konsuls zusammentreten, um die Verfassung der autonomen Möncherepublik auf Athos auszuarbeiten.

Belgrad, 4. Januar. Die Regierung bestellte für einen eventuellen Winterfeldzug in Warschau 80 000 Winteranzüge.

Deutsches Reich.

Erinnerungsmünzen für das Jubiläumsjahr.

Das preussische Finanzministerium wird demnächst einen Antrag beim Bundesrat stellen, der sich mit der Prägung von Erinnerungsmünzen für das Jahr 1913 befaßt.

Es handelt sich einmal um eine Erinnerungsmünze zu der Hundertjahrfeier der Erhebung Preußens gegen die französische Fremdherrschaft, die an dem Tage in die Öffentlichkeit gebracht werden soll, an dem der historische Ausruf „An mein Volk“ erging. Beabsichtigt sind für diese Erinnerungsmünzen zwei Markstücke, auf deren einer Seite eine Abbildung der Szene zu sehen ist, die die Begeisterung des Volkes bei dem Bekanntwerden des Ausrufes darstellt. Weiter soll eine Erinnerungsmünze zum 25jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers herausgegeben werden, die infolge eines besonderen Hinweises auf diese Feier Abweichungen von der Prägung notwendig macht. Auch hierfür dürften Dreimarkstücke als Münze gewählt werden. Es läßt sich annehmen, daß nicht unter einer Million solcher Münzen zur Ausgabe gelangen werden. Geplant ist ferner, vom Tage des 25. Regierungsjubiläums des Kaisers ab ein neues Kaiserbildnis auf allen Münzen zu erscheinen zu lassen, die das Bildnis des Monarchen tragen. Unabhängig von diesen Prägungen und Veränderungen ist noch die Herstellung einer besonderen Medaille aus Anlaß des Regierungsjubiläums geplant.

Konferenz der Oberpräsidenten.

Unter dem Vorsitz des Ministers von Dallwitz fand, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, im Ministerium des Innern die Jahreskonferenz der preussischen Oberpräsidenten zur Besprechung schwebender Verwaltungsfragen statt. Zu Sonnabend Abend waren die Oberpräsidenten bei dem Minister zum Essen geladen. Auch der Kaiser sagte sein Erscheinen zu.

Graf v. Schlieffen †.

Sonnabend Nachmittags gegen 2 Uhr ist Generalfeldmarschall Graf v. Schlieffen in seiner Berliner Wohnung verstorben. Graf v. Schlieffen war Ritter des Schwarzen Adlerordens und zuletzt Chef des Generalstabes der Armee.

Revision des Beamtendisziplinargesetzes.

Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, ist dem Bundesrat jetzt die schon vor Monaten angekündigte Vorlage zugegangen, die eine Ergänzung des Reichsbeamtendisziplinargesetzes betrifft. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Einführung des Wiedernahmeverfahrens, was nach den bisherigen Bestimmungen dieses Gesetzes auch dann ausgeschlossen war, wenn sich, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden war, neue schwerwiegende Momente zugunsten des Angeklagten ergeben haben, die nach dem Strafrecht eine Wiederannahme rechtfertigen würden.

Zum Ableben Riederlen-Wächters.

Rom, 4. Januar. Anlaßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten v. Riederlen-Wächter telegraphierte der italienische Minister des Auswärtigen an den deutschen Reichskanzler:

Meine Gedanken wenden sich in tiefer Bewegung der traurigen Feierlichkeit zu, die in diesem Augenblick sich vollzieht. Ich empfang die Nachricht mit der schmerzlichsten Bewegung. Der freundschaftliche und lokale Geist, den er in die zwischen uns erörterten wichtigen Fragen hineintrug, ist eine unauslöschliche Erinnerung. Das Andenken an den hervorragenden Staatsmann überdauert seinen Tod lange. Das Beileid, das ich Euer Excellenz wiederholt ausdrückte, drückt meine und der italienischen Regierung tiefe und aufrichtige Empfindungen aus.

Der Reichskanzler antwortete: Von ganzem Herzen danke ich Eurer Excellenz für die Beileidskundgebung, die Sie mir im Augenblick der Beisetzung zu übermitteln die Güte hatten. Die teilnehmenden Worte, die den Verdiensten des Verewigten, der stets seine Kräfte zur Befestigung der herzlichen Bande zwischen unseren Ländern weihete, in so würdiger Weise gerecht werden, sind mir ein wertvoller Trost bei dem schmerzlichen Verlust, den ich durch den Tod des hervorragenden Mitarbeiters erlitt.

Denkschriften über neue Gesetze.

Eine Denkschrift über die Entwicklung der Kaliindustrie und über die Gestaltung ihrer Arbeiterverhältnisse wird dem Reichstage demnächst zugehen. Die Denkschrift wird ein Bild über die Entwicklung der Verhältnisse der Kaliindustrie auf Grund des neuen Kaligesetzes geben. In Zukunft sollen, soweit es möglich erscheint, über die Wirkungen neuer Gesetze dem Reichstage Denkschriften überreicht werden, um das Parlament in die Lage zu versetzen, sich von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der neuen Gesetze zu überzeugen.

Der Streik im Saarrevier beigelegt.

Saarbrücken, 4. Januar. Auf der Grube „Belsen“ sind die Sicherheitsmänner heute nochmals vorstellig geworden. Sie nahmen die Kündigung vom 18. Dezember zurück. Der Bergwerksdirektor gab die bekannten Erklärungen über die weitere Dauer des Amtes als Sicherheitsmann ab. Die Sicherheitsmänner stellten die Wiederannahme der Belegschaft für den 6. Januar in Aussicht, an welchem Tage allerdings, eines katholischen Feiertages wegen, nur in der Frühlicht gearbeitet wird. Der Bergwerksdirektor sagte zu, daß den Ausständigen keine Schwierigkeiten gemacht werden sollten. Die Sicherheitsmänner der Zeitschloßgrube Lujenthal sprachen heute Nachmittag gleichfalls bei der Bergwerksdirektion vor und baten um Aufklärung über die Frage der Fortdauer ihres Amtes als Sicherheitsmänner. Die Fortdauer ihres Amtes wurde ihnen zugesagt. Auf Anfrage erklärte man ihnen weiter, daß das Feiern an den zwei Tagen nicht als eine Störung im Sinne des Lohnerhöhungsvertrages des Vorliegenden angesehen werden solle. Selbstverständliche Voraussetzung sei das vollzählige Anfahren der Belegschaft am 7. Januar. Die Sicherheitsmänner erklärten sich mit Vorbehalt einverstanden und versprachen, sich zu bemühen, daß die Belegschaft Dienstag vollzählig einfährt.

Zwangsabonnements auf die „Bayerische Staatszeitung“.

Die bayerische Regierung hat gegen die Bürgermeister, die die neubegründete „Bayerische Staatszeitung“ nicht bestellt haben, Ordnungsstrafen verhängt. Die Pfarrer und Kirchenverwalter, die die Abonnements unterließen, wurden mit Geldstrafen bedroht.

Kleine politische Meldungen.

In der Konferenz über die Ursachen der Preisbildung auf dem Fleischmarkt wurden am Sonnabend im Reichstagsgebäude die Beratungen fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stand die Frage des Zwischenhandels. Es kam zu außerordentlich lebhaften Ausprüchen.

Landrat Abicht in Bromberg ist zum Vortragenden Rat im Landwirtschaftsministerium, Regierungsrat Erzhropel zum Vortragenden Rat im Finanzministerium ernannt worden.

Der Ausschuh der demokratischen Vereinigung trat am Sonnabend in Berlin zusammen. Auf der Tagesordnung stehen, nach dem „Freien Volk“, außer der Entscheidung über den nächsten Parteitag „Beratungen und Beschlüsse“. Hier dürfte der Fall Gädte zur Verhandlung gelangen. Sonntag Vormittag halten der Zentralvorstand und der Ausschuh eine gemeinsame Sitzung ab, in der verhandelt werden soll über die preussischen Landtagswahlen, die Parteiarbeit im kommenden Jahre und über das Kommunalprogramm.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Gesetzentwurf betreffend den Ausbau des Wasserkräften im oberen Quellgebiet der Weser. Angefordert werden 9 Millionen Mark, von denen, solange die Wasserkräfte bei Münden nicht zum Ausbau gelangen, nur 5 Millionen verwendet werden dürfen.

Ausland.

Wien, 4. Januar. Die „Militärische Korrespondenz“ meldet, daß demnächst unter Vorsitz von Kaiser Franz Josef, wie alljährlich um diese Zeit, die üblichen militärischen Beratungen stattfinden, in denen hauptsächlich Personalien erörtert werden.

Budapest, 4. Januar. Anstelle des zurückgetretenen Justizministers Setelch wurde der Staatssekretär im Unterrichtsministerium, der frühere Strafrechtsprofessor v. Balogh zum Justizminister ernannt.

Rom, 4. Januar. Die Haupteinnahmen des Staates im zweiten Halbjahr 1912 weisen eine Vermehrung von 89 293 000 Lire gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auf und ein Mehr von 34 659 000 Lire gegenüber den Schätzungen des Budgets. Die Vermehrung beruht besonders auf Einnahmen, die ein Beweis für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes sind.

London, 4. Januar. Wie der „Daily Express“ meldet, gilt es als wahrscheinlich, daß in diesem Jahre noch ein fünftes

Extrajahrschiff von der Warpithklasse auf Kiel gelegt wird. Das wäre dann das Schiff, das die malajischen Staaten schenken.

Gerichtliches.

Berlin, 4. Januar. Gegen den leitenden Chemiker der vom Finanzministerium ressortierenden Hauptlehranstalt für Zollbeamte, Dr. Albert Safferath wurde von dem Disziplinarhof für Beamte ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Dr. Safferath glaubt die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf eine Denunziation zurückführen zu müssen. In der Anstalt seien Proben von Bier unterjucht und durch eine Verwechslung die Nummern der untersuchten Biere vertauscht worden, so daß natürlich die Analysen nicht mit dem Nummernverzeichnis übereinstimmen konnten. Dr. Safferath ist seit der Einleitung des Disziplinarverfahrens vom Dienste vorläufig suspendiert.

Ein gerichtliches Nachspiel zum Fall Traub.

Berlin, 4. Januar. Aus den Kämpfen um Pfarrer Traub ist eine Privatklage entstanden, die am Sonnabend vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter dem Vorsitz des Amtsrichters Bachler zur Verhandlung anstand. Privatkläger war Professor Dr. Baumgarten-Kiel unter dem Beistand des Rechtsanwalts Dr. Krämer, angeklagt der Redakteur des „Evangelischen kirchlichen Anzeigers“, Superintendent a. D. Brandin, der von Justizrat Seimbach verteidigt wurde.

Nach dem Traubprozeß hatte Professor Baumgarten in einer Veröffentlichung in fünf Punkten des Urteils gegen Traub den Oberkirchenrat zu Berlin unwahrer Behauptungen beschuldigt. Damals erschienen in den Nummern 39 bis 41 des „Evangelischen kirchlichen Anzeigers“ drei Artikel unter der Ueberschrift „Nachklänge zum Prozeß Traub“, die die Grundlage der Beleidigungsklage bildeten und in denen in scharfen Ausdrücken Professor Baumgarten unter anderem der Unwahrheit geziehen wird. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten wegen Beleidigung im Sinne der §§ 185 und 186 auf 500 Mark Geldstrafe.

Vermischtes.

Jubiläum der Höchster Farbwerke.

Höchst a. M., 4. Januar. Anlaßlich des 50jährigen Geschäftsjubiläums machten die Höchster Farbwerke (vormals Meister, Lucius & Brüning) folgende größere Stiftungen:

Eine halbe Million Mark zur Bildung eines Fonds zu Aufbesserungen der Pensionen der Kaiser Wilhelm-Auguste-Viktoria-Stiftung, eine halbe Million für die Fonds, woraus infolge der Angestelltenversicherung, namentlich während der Uebergangszeit, die für die Beamtenpensionskasse des Werkes sich ergebenden Ausfälle gedeckt werden sollen und 350 000 Mark für eine Jubiläumsgabe an Beamte, Aufseher und Arbeiter. Die Gabe soll für Beamte, Aufseher und Arbeiter, die über zehn Jahre im Dienste des Werkes sind, einen vollen Monatsgehalt betragen. 250 000 Mark für die Stadt Höchst zur Errichtung eines städtischen Schwimmbades, je 10 000 Mark für den Höchster Märtumsverein und den Ausschuh für Volksvorlesungen bestimmt. Der Ausschuhrat beschloß, aus dem Dispositionsfonds 250 000 Mark zur Vergrößerung des Altersheims bereitzustellen. Die Mitglieder der Familien Meister, Lucius und Brüning stifteten für den Kreis Höchst 50 000 Mark zur Unterstützung der Kriegsveteranen von 1870/71 und andere gemeinnützige Zwecke.

Zu der Jubiläumfeier waren u. a. erschienen: Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Lujensky als Vertreter des Handelsministers, Ministerialdirektor Kirchner in Vertretung des Kultusministers, der in letzter Stunde ablagern mußte, Oberpräsident Hengstenberg, Regierungspräsident Meißner-Wiesbaden, Regierungspräsident Steinmeister-Köln, Geh. Regierungsrat v. Liebwerke und andere. Um 11 Uhr war in dem großen Festsaal der Farbwerke eine akademische Feier, eingeleitet durch einen vom Höchster Männergesangsverein vorgetragenen Choral. Der Vorsitzende des Ausschuhrats, Walter vom Rath, schilderte in kurzen Zügen die Entstehungsgeschichte des Werkes. Zum Schluß sprach er den Gründern Dank und Anerkennung aus, dankte auch allen Mitarbeitern der Farbwerke und gab die oben erwähnten Beschlüsse der heutigen außerordentlichen Generalversammlung kund. Fabrikdirektor Meißner hielt die Festrede. Danach sprach der Vertreter des Handelsministers, der eine Reihe Lebenserlebnisse bekannt gab. U. a. erhielten den Kronenorden zweiter Klasse der Generaldirektor Gebeirnat v. Brünning und Walter vom Rath. Glückwünsche wurden überbracht namens des Kreises Höchst, der Kreisstadt Höchst und im Auftrage der Handwerker und Gewerbetreibenden von Höchst.

Die erste Luftfahrt des Großadmirals v. Tirpitz.

Johannisthal, 4. Januar. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral v. Tirpitz unternahm heute in Begleitung des Chefs der Zentralabteilung, Kapitän z. S. Soyman, eine Fahrt mit einem Marineluftschiff. Der Aufstieg erfolgte kurz vor 10 Uhr Vormittags. Die Führung des Luftschiffes hatte der Kommandant des „L. 1“, Kapitänleutnant Hannke. Es ist dies das erste Mal, daß Herr v. Tirpitz mit einem Luftfahrzeug aufsteigt.

Für das zweite Marineluftschiff, das in diesem Jahr zur Einstellung in die Front des Marineflugwesens gelangt, wird jetzt bereits das erforderliche Personal ausgehoben. Als Betriebsingenieur für den „L. 2“, ist Marineingenieur Haußmann ernannt worden. Nach Erledigung der Probefahrten wird der „L. 2“ sofort mit der Besatzung in Dienst gestellt werden.

Leipzig, 4. Januar. Die Deutschen Flugzeugwerke teilen mit, daß die Verletzungen der gestern, wie gemeldet, bei Lindenthal abgeflürzten Unteroffizierflieger ganz leichter Natur sind. Auch der Apparat ist nur beschädigt, nicht zertrümmert.

Ein brutaler Raubmord.

Klaun (Vogtland), 4. Januar. Wie der „Vogtländische Anz.“ meldet, wurde heute Nachmittag in dem Keller eines Hauses in der Schulstraße der 15jährige Kaufmannslehrling Kurt Gade durch Weilhiebe ermordet aufgefunden. Es liegt ein Raubmord vor.